

Wahlprüfstein DIE LINKE

Zukunftsrat Hamburg
Mittelweg 11-12
20148 Hamburg

Fragen des Zukunftsrates Hamburg zur Bundestagswahl 2017

Ökologie

1. Alle relevanten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass mit den aktuell in Deutschland beschlossenen Maßnahmen die Ziele des Pariser Klima-Abkommens weit verfehlt werden.

Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Umsetzung der Pariser Ziele - auf Bundes- und Hamburger Ebene - vor? Sollte Deutschland bei den CO2-Preisen vorangehen, wenn sich kurzfristig keine Einigung auf europäischer Ebene erzielen lässt?

Als wichtige Maßnahme fordern wir ein Kohleausstiegsgesetz, das den Neubau von Kohlekraftwerken und neue bzw. erweiterte Tagebaue verbietet sowie Restlaufzeiten für jeden Meiler festschreibt.

Deutschland muss gleichzeitig die Erneuerbaren vorantreiben, insbesondere müssen die Ökostrom-Ausbaudeckelungen fallen.

Außerdem gilt es, sparsamer mit Energie umzugehen. Wir brauchen zudem eine Verkehrswende, nicht nur eine Antriebswende. Das heißt insgesamt weniger Verkehr, dafür mehr und besseren öffentlichen – alles zunehmend auf E-Antrieb basierend. Ferner ist ein sozial abgefederter Start der energetischen Gebäudesanierung (einschl. EE-Wärme) längst überfällig.

Auf der fossilen Erzeugung sollte über einen reformierten Emissionshandel sowie zusätzlich über nationale Regularien (da die in Europa absehbaren Änderungen am ETS nicht ausreichen werden) ein relevanter CO2-Preis liegen. Dieser sollte der Höhe nach beispielsweise im Stromsektor gewährleisten, dass die jeweils dreckigsten verbliebenen Kohlekraftwerke ihre Erzeugung entsprechend drosseln, wenn genug Wind- und Solarstrom zur Verfügung steht. Instrumente dafür wären nationale CO2-Mindestpreise im Emissionshandel, die Neuauflage der leider seinerzeit vor der Einführung in der Koalition gescheiterten BMWi-Klimaabgabe für Kohlekraftwerke oder eine CO2-Steuer auf fossile Brennstoffe. Für den notwendigen Kohleausstieg sehen wir allerdings nicht CO2-Preise als das effizienteste Mittel an, sondern einen gesetzlichen und sozial abgesicherten Abschaltplan.

Dieser liefert Planbarkeit für Beschäftigte, Regionen und Unternehmen.

2. In welchem Zeitrahmen sollte Deutschland aus der Kohleverstromung ausscheiden? Was bedeutet das für das Kraftwerk Moorburg?

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll möglichst schon im zweiten Halbjahr 2017 beginnen und spätestens im Jahr 2035 vollzogen sein. Der Kohleausstiegsbedingte Strukturwandel ist arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch abzusichern. Unter anderem durch ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen, Strukturwandelfonds in Höhe von 250 Mio. € jährlich, Angebote zu Altersteilzeit und Vorruhestand mit Verdienstaumgleich sowie einen „Runden Tisch für Kohlekonsens und einen sozialökologischen Strukturwandel“.

Aufgrund des Alters von Moorburg würde dieses Kohlekraftwerk nach unserem Konzept eher erst gegen Ende des Zeitraums abgeschaltet werden, welcher wie oben erwähnt bis 2035 laufen soll. Zuerst müssen die alten emissionsintensiven Anlagen vom Netz. Wir haben allerdings die Hoffnung, dass ein einmal eingeleiteter Kohleausstieg im Zusammenhang mit dem weiteren Ökostromausbau eine solche Dynamik entfaltet, dass die letzten Kohlekraftwerke schon deutlich vor 2030 stillgelegt werden könnten. Der Zeitpunkt ist aber auch davon abhängig, ab wann Langzeitspeicher verfügbar sind, um die so genannte kalte Dunkelflaute zu überwinden.

3. Ein Hauptgrund für die zunehmende Überschreitung der „Planetaren Grenzen“ ist die Missachtung des Verursacherprinzips, d. h., die fehlende Internalisierung externer Kosten, insbesondere bei fossilen Energien und in der Landwirtschaft.

Welche Verbesserungen planen Sie in diesen Bereichen? In welchen Zeiträumen?

Wir verweisen zunächst auf unsere Antwort auf Frage 1 (CO2-Preise etc.). DIE LINKE kann sich zudem eine CO2-Steuer bzw. Abgabe auf fossile Brennstoffe im Wärmesektor vorstellen. Sie würde sowohl dem Ausbau regenerativer Wärme wie perspektivisch auch der Sektorkopplung nutzen. Unsere Voraussetzung dafür: Das Aufkommen einer solchen

Steuer sollte nach Schweizer Vorbild vollständig den Bürgerinnen und Bürgern zurückgezahlt werden. Gleichzeitig fordern wir eine Abschaffung der Stromsteuer. Diese würde ebenfalls den eben genannten Zielstellungen dienen.

Soziales

4. Durch die „Industrialisierung 4.0“ wird von vielen Seiten ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen vorausgesagt. **Wie wollen Sie darauf reagieren? Welche Auswirkungen betreffen Hamburg?**

Horrorszenarien, die den Verlust von zig Millionen Arbeitsplätzen an die Wand malen, sind nicht realistisch. Sicher ist nur, dass ein Strukturwandel stattfindet, der eine erhebliche Umschichtung von Tätigkeitsfeldern mit sich bringt. Wenn es gleichzeitig zu konjunkturellen Einbrüchen kommt, droht die Gefahr deutlich erhöhter Arbeitslosigkeit. Auch deshalb muss die Politik dafür sorgen, dass dort Arbeitsplätze geschaffen werden, wo es erheblichen gesellschaftlichen Bedarf gibt. Allein in der Bildung fehlen Investitionen in Gebäude, Technik und Personal in Höhe von 50 Milliarden Euro. Es fehlt an Personal und Investitionsmitteln in den Krankenhäusern. Es fehlt in Hamburg und anderen Ballungsräumen an bezahlbarem Wohnraum. Durch mehr öffentliche Investitionen auf kommunaler, Bundes- und Länderebene und durch eine gerechte Verteilung der Arbeit können Millionen neue Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit (30 bis 35 Stunden pro Woche) geschaffen werden.

5. Die Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung, der große Niedriglohnsektor in Deutschland, die teilweise sehr geringe Besteuerung der Gewinne internationaler Konzerne wird von vielen Leuten als ungerecht empfunden. Die ungleiche Entwicklung gilt für Hamburg in besonderem Maße.

Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Verringerung dieser Ungerechtigkeiten vor?

DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von 12 Euro und eine steuerliche Entlastung für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Als Faustregel unserer Reform der Einkommensteuer gilt: Wer weniger als 7.100 Euro brutto pro Monat verdient, wird entlastet. Wer mehr verdient, wird belastet. Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent auf die Teile des zu versteuernden Einkommens oberhalb von rund 260.000 Euro Jahreseinkommen und 75 Prozent oberhalb einer Million Euro. DIE LINKE fordert eine Wiedererhebung der Vermögensteuer in Form der Millionärsteuer. Wir wollen, dass Vermögen ab einer Million Euro mit fünf Prozent besteuert werden. Betriebsnotwendiges Vermögen kann bis fünf Millionen freigestellt werden. Wir stellen sicher, dass Privatvermögen nicht in Betriebsvermögen »versteckt« wird und dass Betriebsvermögen in ausländischem Eigentum ebenso besteuert wird wie inländische Eigentümer. Die Erbschaftsteuer ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern sehr gering. Viele Superreiche können ihre Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken. Die von der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD beschlossene Reform der Erbschaftsteuer ändert das nicht. DIE LINKE wird dafür sorgen, dass die Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Wir werden die Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt. Einkommen aus Kapitalerträgen sollen nicht weiter bevorzugt werden, sondern nach denselben Sätzen versteuert werden wie alle Einkommen. Die Abgeltungssteuer von 25 Prozent werden wir abschaffen. Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen und somit Steueroasen – auch »Made in Germany« – austrocknen. Das Ehegattensplitting will DIE LINKE durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzen. Dabei muss das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern übertragbar sein.

Ökonomie

6. Das vorrangige Ziel der Politik ist wirtschaftliches Wachstum, gemessen in BIP.

Halten Sie BIP-Wachstum für unbegrenzt fortsetzbar oder sehen Sie Grenzen des Wachstums? Falls Sie Grenzen sehen, wie soll die Politik auf diese Grenzen reagieren? Vor dem Hintergrund, dass diverse Finanzierungssysteme bei Rentenversorgung, Gesundheitsleistungen oder öffentliche Investitionen auf dem Prinzip zukünftigen Wachstums aufbauen, braucht es Reformen dieser Finanzierungssysteme?

Der dringend notwendige sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft betrifft die gesamte Art und Weise, wie und was wir produzieren und wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt und verwendet wird. An die Stelle blinden Wachstums müssen gezielte, am Gemeinwohl und dem Bedarf der Bevölkerung orientierte Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau von

Produktion und Dienstleistungen treten. Sie müssen dazu beitragen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Das will DIE LINKE auf den Weg bringen durch eine Demokratisierung der Wirtschaft, eine andere Steuerpolitik, eine grundlegende Reform der staatlichen Wirtschaftsförderung und durch eine „Verallgemeinerung“ der sozialen Sicherungssysteme, die grundsätzlich „von allen für alle“ und solidarisch finanziert werden müssen. Angesichts der Grenzen des Wachstums ist eine Umgestaltung der Wirtschaft genauso zwingend wie eine Umverteilung von oben nach unten.

7. Das BIP misst über den Markt vermittelte Wirtschaftsleistung, aber nicht die Wohlfahrt der Menschen.

Sollte das BIP durch andere Indikatoren ersetzt oder ergänzt werden? Falls ja, durch welche? Was halten Sie vom Hamburger Wohlfahrts-Index?

In der internationalen Indikatoren-Diskussion herrscht Einvernehmen darüber, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus verschiedenen Gründen ein unzureichendes und verzerrendes Maß der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Das BIP erfasst nur die mit einem Preis bewerteten wirtschaftlichen Aktivitäten und schließt damit unbezahlte Tätigkeiten aus. Es berücksichtigt ebenfalls nicht oder kaum die sozialen Folgen und ökologischen Kosten wirtschaftlichen Handelns und unterschätzt systematisch den Wert öffentlicher Güter. Im BIP schlägt sich darüber hinaus wirtschaftliches Handeln unabhängig von seiner Qualität nieder. Das BIP bewertet beispielsweise den Abbau, die Verwertung und den damit verbundenen Verlust von Naturgütern als Zugewinn. Angesichts vielfältiger Mängel des BIP herrscht allgemeines Einvernehmen darüber, dass andere Indikatoren das BIP ergänzen und relativieren sollten. Um mediale und politische Wirkung zu erzielen, um die öffentliche Debatte dauerhaft anzuregen, ist die Beschränkung auf wenige

Indikatoren zwingend. Deshalb kann es nur darum gehen, die wichtigsten Dimensionen von Wohlstand, Lebensqualität und Nachhaltigkeit zu identifizieren und mit passenden Maßen zu quantifizieren.

Für die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger sind drei Fragen von zentraler Bedeutung, wenn es um die Lebensqualität geht:

- 1) Bin ich an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt oder geht sie an mir vorbei?
- 2) Ist die Teilhabe an den sozialen Aspekten der Lebensqualität und an der Gestaltung der Gesellschaft gesichert oder bestimmt nur die „oberen Zehntausend“, was in unserem Lande geschieht?
- 3) Wie steht es um die natürlichen Lebensgrundlagen bei uns und global, und was muss getan werden, damit unsere Kinder und Enkel auch in Zukunft gut leben können?

Um die drei genannten Dimensionen in der Sache zutreffend und für breite Bevölkerungsschichten verständlich zu quantifizieren, sind die folgenden drei Indikatoren am besten geeignet:

- a) durchschnittlich gezahltes, inflationsbereinigtes Bruttogehalt je Beschäftigten als Indikator für die Teilhabe am wirtschaftlichen

Wohlstand,

- b) Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung im Verhältnis zur ärmeren Bevölkerungshälfte als Indikator für die soziale

Qualität der Gesellschaft und für die Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens,

- c) ökologischer Fußabdruck als zusammenfassende Kennziffer für den Umgang mit der Natur.

Diese drei Indikatoren bilden das „Trio der Lebensqualität“, das die Linksfraktion im Deutschen Bundestag im Rahmen der Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ entwickelt hat. Es ist aus unserer Sicht sachlich besser und politisch wirksamer als der Hamburger Wohlfahrts-Index, der mit insgesamt 20 Indikatoren einer breiten Öffentlichkeit kaum vermittelbar ist. Gleichwohl ist der Hamburger Wohlfahrts-Index ein beträchtlicher Fortschritt im Verhältnis zur heute üblichen Berichterstattung über die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung.

8. Die Finanzkrise 2008 ist durch Spekulationen in der Finanzsphäre ausgelöst worden.

Ist aus Ihrer Sicht genug unternommen worden, um für die Zukunft derartige Finanzkrisen zu verhindern und ein Überspringen von Crashes in der Finanzwirtschaft auf die Realwirtschaft zu unterbinden? Falls nein, was möchten Sie unternehmen?

Die Ursachen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise sind nicht überwunden. Die Regierungen hatten nicht den Mut, sich mit Großbanken, Hedgefonds und Multi-Milliardären anzulegen. Wenn die Spekulation schneller wächst als die wirtschaftliche Produktion, sind immer neue Krisen die Folge.

DIE LINKE will Großbanken entmachten, Banken unter demokratische Kontrolle bringen und in öffentliches Eigentum überführen, um den Finanzsektor auf gesellschaftlich sinnvolle Kernaufgaben wie Kreditvergabe und Zahlungsverkehr für die Realwirtschaft zu konzentrieren. Private Großbanken und Landesbanken müssen verkleinert und effektiver öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Der überwiegende Teil des sogenannten Kapitalmarktgeschäfts der Banken folgt spekulativen Motiven. Er dient nicht den Bedürfnissen der Realwirtschaft oder der Mehrheit der Bevölkerung. Das Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert, um hohe Renditen zu

erzielen – wollen wir als Geschäftsfeld abwickeln. Schattenbanken, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst werden. Die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln wollen wir verbieten.

Die Panama Papers haben ein Geflecht von Briefkastenfirmen enthüllt, die der Steuerflucht und kriminellen Geschäften wie Korruption, Finanzierung von Terror, Menschen- und Waffenhandel dienen. DIE LINKE will organisierte Steuerkriminalität bekämpfen. Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter müssen personell, technisch und vom gesetzlichen Rahmen her in die Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung als Geschäftsmodell konsequent zu verfolgen.

Deutschland blockiert immer noch, dass ein öffentliches, im Internet zugängliches Transparenzregister aller Eigentümer und Begünstigten von Firmen, Stiftungen und Trusts auf EU-Ebene eingerichtet wird. Das muss aufhören. Wir wollen auch auf nationaler Ebene ein solches Register einführen.

Durch eine Quellensteuer von 50 Prozent auf alle in nicht kooperative Staaten abfließenden Zahlungen, auf Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben von Unternehmen wollen wir Steuerflucht unattraktiv machen. Das ist auch im nationalen Alleingang sofort möglich. Die Beweislast muss bei den Unternehmen und Vermögenden liegen.

Wir wollen die Verlagerung von Konzerngewinnen ins Ausland bekämpfen: Bestehende Steuerbefreiungen für ins Ausland abfließende Kapitalerträge müssen abgeschafft werden. Steuervorteile für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge wollen wir beseitigen. Die Steuerdifferenz muss in Deutschland erhoben werden. Banken, Wirtschaftsprüfer und Kanzleien, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, müssen empfindlich bestraft werden – bis hin zum Entzug der Bank- bzw.

Geschäftslizenz. Um gegen die Wirtschaftskriminalität von juristischen Personen vorzugehen, wollen wir ein Unternehmensstrafrecht einführen. Nach dem Vorbild des US-amerikanischen Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) werden Finanzinstitute zur Weitergabe von steuerrelevanten Informationen verpflichtet.

9. Deutschland hat einen ökologischen Fußabdruck, der – verallgemeinert – „drei Erden“ entspricht; Hamburg verbraucht sogar noch mehr. Die von der Politik propagierte Lösung für zukünftiges Wachstum bei Einhaltung der planetaren Grenzen ist die Erhöhung der Energie- und Ressourcen-Effizienz. Jede Effizienz-Erhöhung wird jedoch begleitet von Rebound-Effekten, die sie zumindest teilweise wieder aufheben.

Sollte Politik die Suffizienz, d.h., die Verringerung der persönlichen Ansprüche an ressourcenintensive Waren und Dienstleistungen, ins Kalkül ziehen? Falls ja, wie könnte das angegangen werden?

Um eine zukunftsfähige Wirtschaft aufzubauen, ist nicht nur der produktivere Umgang mit Ressourcen wichtig, sondern die absolute Begrenzung und Verringerung ihres Verbrauchs. Verbunden mit etwas Vernunft kann ohne Verlust an Lebensqualität eine Reduktion des Ressourcen- und Energieeinsatzes erreicht werden. Um diese Probleme anzugehen, ist eine nationale Rohstoffpolitik erforderlich. Abfallvermeidung als oberste Priorität des Kreislaufwirtschaftsgesetzes muss in der Gesellschaft verankert werden. Dazu ist der freiwillige Verzicht auf Plastiktüten hinsichtlich des großen deutschen Verbrauchs nicht ausreichend. Ein gesetzliches Verbot, um auch kleine Tüten in Supermärkten zu verhindern, ist hier erforderlich.

DIE LINKE schlägt folgende Maßnahmen als erste Schritte zu eine ressourcenschonenden Gesellschaft vor:

- Stärkung der Wiederverwendung und des hochwertigen Recyclings von Materialien durch:
 - Einführung einer Pfandpflicht auf Elektrogeräte
 - Einführung einer Mindestnutzungsdauer für technische Geräte, um absichtlicher Verkürzung der Lebensdauer von Produkten zu verhindern
 - Erhöhung der Reparaturfähigkeit durch Modularisierung, Standardisierung und vorgeschriebener Mindestvorhaltezeit von Ersatzteilen.

- Einführung einer Ressourcenverbrauchsabgabe entsprechend der Inhaltsstoffe und des Energiebedarfes bei der Herstellung von

Produkten. Die Höhe der Abgabe richtet sich nach Art und Menge der Inhaltsstoffe und danach, ob es sich um Primär- oder Sekundärrohstoffe handelt. Damit sollen Herstellern motiviert werden, ein Optimum zwischen Materialverbrauch und Lebensdauer ihrer Produkte zu entwickeln. Durch eine geringere Ressourcenverbrauchsabgabe auf Sekundärrohstoffe wird deren Einsatz attraktiver.

- sozial-ökologische Ausrichtung der Abfallwirtschaft
- Pfandpflicht für Einweggeschirr, wie beispielsweise To-Go-Becher und Currywurstschalen

Für ausgewählte Rohstoffe ist ein Mengenregulierungssystem einzuführen, um deren Verbrauch von Rohstoffen zu begrenzen, die selten sind oder deren Förderung beziehungsweise Nutzung mit unverträglich hohen Umweltbelastungen einhergeht. Begrenzt wird die Gesamtmenge an Rohstoffen, die in die Europäische Union eingeführt oder hier abgebaut werden darf. Dieses System könnte garantieren, dass Effizienzfortschritte nicht mehr durch Produktionsausdehnungen "aufgefressen" werden. Wird die Obergrenze langsam über Jahre abgesenkt, so sind die Unternehmen in der Lage, sich mit entsprechenden Effizienzinvestitionen oder sonstigen Programmen langfristig darauf einzustellen.

Nachhaltigkeit

10. In Zukunft wird es zu immer größeren Zielkonflikten zwischen Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und Einhaltung der planetaren Grenzen sowie den Nachhaltigkeitszielen der UN (SDG) – mit dem SDG-Leitmotiv „Leave no one behind“ – auf der anderen Seite kommen.

Wie sollen diese Zielkonflikte aufgelöst werden?

Leider sind die von Ihnen angesprochenen Zielkonflikte bereits in den SDG selbst angelegt und werden in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verschärft. Hauptursache dafür ist aus unserer Sicht, dass die Forderung nach Transformation nicht mit der klaren Aussage verbunden wird, dass diese im Rahmen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung nicht zu machen ist. Nachhaltige Politik muss anerkennen, dass die drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung – ökologisch, sozial, ökonomisch – nicht in einem beliebigen Verhältnis stehen: Die natürliche Umwelt gibt einen Rahmen vor, der nicht überschritten werden kann. Innerhalb dieses Rahmens brauchen wir gerechte Übergänge in eine demokratisch gestaltete Wirtschaft, die für die Menschen arbeitet. Diese Alternative zum „Weiterso“ steht im Zentrum unserer Politik.

Mit Blick auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie fordern wir eine Abkehr vom BIP als alleinigen Indikator für Wohlstand, eine Auseinandersetzung mit Fragen der Suffizienz sowie eine konsequente Aufschlüsselung der Daten, um im Sinne des „leave no one behind“-Grundsatzes Aussagen zu menschenrechtlich relevanten Gesichtspunkten und zur sozialen Verteilung möglich zu machen.

11. Teilen Sie die Forderung der UN-Agenda 2030 von 2015 und des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung WBGU, dass es einer grundlegenden „sozial-ökologischen Transformation“ von Wirtschaft und Gesellschaft bedarf, um die Welt zukunftsfähig zu machen?

Ja, diese Forderung teilen wir. DIE LINKE kritisiert, dass auch die Bundesregierung die Notwendigkeit einer „Transformation unserer Welt“ in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zwar explizit anerkennt, sie jedoch nicht in politische Prioritäten und Handlungsforderungen übersetzt. In einem Entschließungsantrag der Linksfraktion im Bundestag (Bundestagsdrucksache 18/11767) fordern wir deshalb eine grundsätzliche Neuausrichtung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie an dem Ziel der sozialökologischen Transformation.

DIE LINKE hat ein umfassendes Programm für eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft der Zukunft vorgelegt, in dem wir den notwendigen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland in die Frage globaler Gerechtigkeit und Verantwortung einbetten. Unser Programm umfasst politische Vorschläge für einen gerechten Übergang in den Ausstieg aus der Kohle, eine demokratische Energiewende und ein nachhaltiges Mobilitätskonzept, aber auch für mehr Mitbestimmung in den Bereichen Arbeit, Produktion und Konsum. In unserem Steuerkonzept zeigen wir zudem konkret die Wege zur Finanzierung auf.

12. Es gibt Kritik an der repräsentativen Demokratie. Zum einen könnten die Parlamente mit unzureichender Kontrolle über ihre „eigenen“ Angelegenheiten (z. B. Diäten, Altersversorgung, Korruptionsvermeidung, Karenzzeiten) selbst entscheiden. Zum anderen würden die großen und langfristigen Zukunftsaufgaben einer nachhaltigen Entwicklung nicht adäquat behandelt.

Teilen Sie diese Kritik? Falls ja, welche Verbesserungen schlagen Sie vor?

DIE LINKE kritisiert, dass die Finanzierung politischer Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie grundsätzlich unter Finanzierungsvorbehalt gestellt und damit dem Ziel der „schwarzen Null“ in der Finanzpolitik untergeordnet wird. Wir fordern, diese einseitige Gewichtung des Nachhaltigkeitsbegriffs aufzuheben zugunsten am Gemeinwohl und am Bedarf der Bevölkerung orientierter Investitionen und eines an sozialökologischen Kriterien ausgerichteten Haushalts- und Finanzierungskonzepts.

13. Die Hamburger Zivilgesellschaft hat sich bereits mehrfach zur Umsetzung der o.g. SDGs zu Wort gemeldet – so z.B. der Zukunftsrat Hamburg 2016 mit dem Papier „Hamburg und die Nachhaltigkeitsziele der UN von 2015“ sowie der zivilgesellschaftliche „Ratschlag“, in dem die großen Nichtregierungsorganisationen 2017 Forderungen an den Senat formuliert haben.

Sind diese konkreten Forderungen des Ratschlags der Hamburger NGOs in Ihr Programm übernommen worden?

Da es sich um Forderungen an den Hamburger Senat handelt, beschäftigt sich die hamburgische Landespolitik mit den Vorschlägen der NGO. Derzeit befindet sich ein Antrag unserer Bürgerschaftsfraktion zur Umsetzung der SDG in der parlamentarischen Behandlung. (21/6166). Er ist im Anhang beigelegt.